



guten Absichten — nichts sind und sein können, als ein neuer Kampfplatz, auf welchem der Unternehmer mit dem gemeinwirtschaftlichen Gedanken — wie nicht anders möglich: erfolgreich — ringt. Der Unternehmer sieht noch in allen Betrieben, er ist verantwortlich für deren Gang, sein Kapital arbeitet, er muß etwaige Verluste tragen; er ist der Sachverständige, er hat sich gegenüber lauter Vertreter, die ihm nicht gewachsen sind. Weder die Vertreter des öffentlichen Interesses, noch der Arbeiter und Angestellten können an die entscheidenden Fragen heran, ohne durch den Unternehmer informiert zu werden, d. h. die Verhältnisse mit seinen Augen zu sehen. Die Verhandlungen der Sozialisierungskommission über die Wirkung dieser Selbstverwaltungskörper im Kohlenbergbau haben das deutlich gezeigt. Die scheinbare „Parität“ ist also in Wirklichkeit nur: daß die Unternehmer sich herbeilassen, einigemal im Jahre mit Partnern zu diskutieren, welche keine Möglichkeit haben, die inneren Zusammenhänge, ja auch nur die wesentlichen Tatsachen der Industrie zu erfassen. Damit der Selbstverwaltungskörper wirklich ein lebensfähiges Organ der Sozialisierung wird, muß der Gegenstand, der heute den Selbstverwaltungskörper zerreißt und aktionsunfähig macht, durch Ausschaltung des Unternehmers-Profitinteresses aufgehoben werden. Das ist die Absicht des Vorschlages I der deutschen Sozialisierungskommission. Er bedeutet weder eine Verstaatlichung, noch eine Bureaufkräftigung, sondern eine Ueberführung der Produktionsmittel in die Hand der Gesellschaft. Wenn dieser Gedanke, daß eine solche Sozialisierung notwendig ist, sich durchsetzt, so ist er auch in dem oben angeedeuteten Umfang sofort durchführbar. Denn die organisatorische Seite der Frage ist heute, beim Höchststand der Industrieentwicklung, nicht mehr unlösbar.

## Die Beziehungen zu Sowjet-Rußland

Die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. hat eine Interpellation eingereicht, in der die Wiederanknüpfung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland verlangt wird, da für beide Länder, Rußland wie Deutschland, die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Verkehrs gleich vorteilhaft und notwendig sei. Die Gründe, weshalb sie in dieser Frage selbständig vorgegangen ist, nachdem sie die Mitunterzeichnung einer von den Kommunisten und Neukommunisten vorgelegten Interpellation abgelehnt hat, sind die folgenden:

Anfang November fand auf Einladung der U. S. P. D. hin eine Besprechung von Vertretern aller sozialistischen Parteien des Reichstages statt, um die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland zu erwägen. Es waren uns Tatsachen bekannt geworden, die ein solches Vorgehen ratsam machten. Die Aussprache ergab die allseitige Uebereinstimmung dahin, daß ein gemeinsames Vorgehen der Sache selbst höchst dienlich sein würde. Seitens der U. S. P. D. wurde daraufhin eine gemeinsame Interpellation aller sozialistischen Fraktionen vorgelegt. Ein Vertreter der U. S. P. D. meinte, es sei ratsamer, zunächst im auswärtigen Ausschuh die Sache zur Sprache zu bringen, um noch nähere Auskünfte von der Regierung zu erhalten. Auch ein Vertreter der U. S. P. D. (Linke) hielt eine Interpellation nicht für zweckmäßig. Trotzdem sollte eine sofortige gemeinsame Aktion nicht zu erziehen war, bestand doch Uebereinstimmung darin, daß man sie für später ins Auge fassen müsse, und daß jedenfalls im Interesse Rußlands wie Deutschlands man von gemeinsamen Aktionen sich größere Vorteile versprechen müsse als von einem isolierten Vorgehen der einzelnen Parteien. Es galt auch als selbstverständlich, daß, sobald einer einzelnen Fraktion ein Vorstoß erforderlich erscheinen sollte, sie suchen müßte, zu dem Zweck eine Verständigung mit den anderen Fraktionen herbeizuführen.

Um so bestreblicher war es deshalb, als in der neukommunistischen „Internationale“ die Mitteilung erschien, die beiden kommunistischen Richtungen hätten wegen der Beziehungen zu Rußland auf eigene Faust eine Interpellation eingebracht, deren publizierter Text in der sachlichen Begründung sich auf Tatsachen stütze, die bereits Anfang November den Gegenstand der Verhandlungen in jener interfraktionellen Besprechung gebildet hätten.

Eine daraufhin abermals von der U. S. P. D. zusammenberufene Besprechung der sozialistischen Fraktionen führte bedauerlicherweise zu dem Ergebnis, daß durch das isolierte Vorgehen der Kommunisten die Möglichkeit einer im Interesse der Sache so außerordentlich wertvollen gemeinsamen Aktion zerstört worden war. Es bleibt nunmehr nichts anderes übrig, als daß jede Fraktion aus eigener Kraft versucht, im Reichstage für die Wiederherstellung wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland zu wirken.

## Die Kabinettsbildung in Sachsen

### Zusammenschluß der Kommunisten

II. Dresden, 24. November.

Die demokratische Fraktion des Landtages hat beschlossen, weder mit den Deutschnationalen, noch mit den Unabhängigen in einer Regierung zusammenzutreten. Da auch die Mehrheitssozialisten mit den Demokraten und Unabhängigen, gleichfalls nicht mit der deutschnationalen Partei, zusammengehen wollen, so läßt sich nur noch eine Kabinettsbildung aus Mehrheitssozialisten, Demokraten und deutscher Volkspartei in Frage, die zusammen über 50 von 90 Mandaten verfügen.

Die Vertung der demokratischen Partei im dritten sächsischen Wahlkreis beschloß, die Partei möge sich an der Regierung nicht beteiligen, aber jede Regierung unterstützen, die für Ruhe und Sicherheit Sorge. Der Unke Flügel der Unabhängigen schloß sich mit dem Spartakusbund zur Vereinigten kommunistischen Partei in Sachsen zusammen.

## Das Sperrgesetz

### Ein Schlag gegen die Beamtenschaft

Unter dem harmlosen Namen eines Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenschaft legt der Reichsminister der Finanzen dem Reichstag einen Entwurf vor, der einen schweren Schlag gegen die Beamtenschaft der Gemeinden, Einzelländer usw. darstellt. Die Grundtendenz dieses Entwurfs zielt auf eine einheitliche Regelung der Beamtenschaft im ganzen Reich ab. Gegen diese Absicht ist an sich, da hierbei den örtlich verschiedenen Verhältnisse Rechnung getragen werden soll, nichts einzuwenden. Ein anderes Gesicht bekommt das geplante Gesetz aber dadurch, daß die Regierung in der Behandlung der neuen Besoldungsreform ihr früheres Versprechen, die Gehälter der höheren Gehältern der Einzelländer und Gemeinden anzuhängen, nicht erfüllt hat, vielmehr für die einzelnen Beamtengruppen eine Besoldungsregelung vorzieht und durchzuführen entschlossen ist, welche

hinter der in Einzelländern, Gemeinden usw. bereits geltenden Regelung teilweise ganz erheblich zurücksteht. Da nun die neue Reichsbesoldungsreform dieser einheitlichen Regelung zugrunde gelegt werden soll, so würde diese den Beamten der Einzelländer und Gemeinden eine ganz empfindliche Benachteiligung bringen, die um so schwerer wiegt, als ja auch das Gehalt der bisher am günstigsten stehenden Beamten noch in keiner Weise der heutigen Teuerung entspricht. Der Gesetzentwurf hat darum schon heute innerhalb der Beamtenschaft mit Recht einen großen Protestismus ausgelöst und es ist eine Selbstverständlichkeit, daß, nachdem die Regierung in den Verhandlungen des Besoldungsausschusses die niederen und mittleren Beamtengruppen gegenüber der Regelung in Einzelländern und Gemeinden durchweg benachteiligt hat, unsere Fraktion diesem Gesetzentwurf nicht nur die Zustimmung verweigert, sondern ihn auch mit Entschiedenheit bekämpfen muß.

Die Reichstagsfraktion der U. S. P. hat beschlossen, das von der Reichsregierung vorgelegte Gesetz zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenschaft für das ganze Reich abzulehnen.

Gegenüber vielfachen letztendlich verbreiteten Nachrichten über das neue Ortsklassenverzeichnis zum Reichsbesoldungsgesetz vom 28. April 1920 wird offiziell festgestellt, daß von einer Fertigstellung dieses Verzeichnisses und endgültigen Einordnung der Gemeinden in die einzelnen Klassen noch nicht die Rede sein kann. Es liegt bisher lediglich ein vom statistischen Reichsamt bearbeiteter Entwurf für die Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern vor, der in mehreren Kommissionssitzungen, an denen die beteiligten Stellen des Reiches und der Länder teilnahmen, durchberaten worden ist. Die Einreichung der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern wird gegenwärtig von den statistischen Landesämtern vorbereitet. Nach Fertigstellung dieser Entwürfe werden weitere Beratungen unter Zuzugung der Vertreter der Provinzial-Beamtensysteme stattfinden. Erst dann wird das Reichsfinanzministerium den gelehrenden Körperschaften seine endgültigen Vorschläge über die Einreichung machen können. Also immer langsam voran.

Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtensundes hat in seiner Sitzung vom 22. November eine Entschließung angenommen, in der er dagegen protestiert, daß das Sperrgesetz erlassen wird, bevor der Beamtensund Gelegenheit gehabt hat, dazu Stellung zu nehmen. Der Beamtensund erklärt den Gesetzentwurf für unannehmbar, weil eine Benachteiligung der Beamtenschaft durch die nicht auf eine Herabdrückung der Gehälter beschränkten Besoldungen durch den Entwurf nicht zu vermeiden sei. Ferner erhebt der Beamtensund den Entwurf unannehmbar, weil die Entschädigung darüber, ob eine Verrückung im Sinne des Gesetzes vorliegt, nicht ohne Mitwirkung der nächstbeteiligten getroffen werden dürfe. Es sei eine Beteiligung der betroffenen Beamtengruppen in der Weise vorzuziehen, daß für Streitfälle paritätisch durch Behördenvertreter und Beamte besetzte Schlichtungsausschüsse eingesetzt werden.

Der Deutsche Beamtensund erwartet vom Reichstage, daß er sich dieser Auffassung anschließen wird.

## Vom Hofe

Dem Woff-Bureau fällt es außerordentlich schwer, auf die Rolle des getreuen Hofberichterstatters Seiner Majestät zu verzichten. Es kehrt bei jeder Gelegenheit zu seiner alten Liebe und zu seinem alten traurigen Handwerk zurück, nämlich der Welt zu verkünden, wie Seine Majestät geruhen, sich zu befinden. Und das geschieht ganz in dem von anno dazumal bestens bekannten rührseligen Stil vom getreuen Landesvater und der dito Landesmutter. Man lese:

Amsterdam, 24. November.

Wie der Amsterdamer Vertreter des WTB von maßgebender Seite erfährt, ist von einer geplanten Ueberziehung des normalen Kaisers nach Korsu keine Rede. Alle diesbezüglichen Redungen sind völlig aus der Luft gegriffen. Das Befinden der normalen Kaiserin weist eine weitere geringe Besserung auf. Die anwesenden Kinder des Kaiserpaars konnten die Mutter sprechen. Die Herzogin von Braunschweig unterliegt der Kaiser bei der Pflege der Kaiserin. Der Kronprinz ist wieder nach Wieringen abgefahren. Prinz Waldbert reist morgen von dort ab.

Die Welt weiß also, daß der Kaiser mit Unterstützung seiner Tochter die fränke Kaiserin pflegt. Welches Wohngelübe wird die monarchischen Herzen erschüttern. So sei ein Kaiser! Er muß unbedingt wieder kommen, Woff ist noch völlig intakt für die Hofberichte.

Aber, um ernsthaft über diesen Unfug zu reden, es ist ein Skandal, daß das offizielle Bureau der deutschen Republik in widerlichstem Byzantinismus schweigt.

## Bergarbeiter für die Gemeinwirtschaft

Eine Konferenz der Obmänner, der Betriebsräte und Vertrauensmänner des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands als Vertretung von über 100 Bergarbeitern von Rast, Braunkohlen- und Steinkohlenbergwerken der Bezirke Hannover, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Magdeburg, die am Sonntag im Gewerkschaftshaus in Hannover tagte, beschloß folgendes:

Der gesunde Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens durch die bisherige privatrechtliche Wirtschaft scheint der Konferenz unmöglich. Aller gute Wille und alle gebrachten Opfer der Bergarbeiter sind weniger der Allgemeinheit, sondern zum größten Teil privatrechtlicher Bereicherung zugute gekommen. Das Berechtigungsinteresse der Privatrechtlichen hat sogar unser Wirtschaftsleben vielfach noch weiter ruiniert. Die anwesenden Bergarbeitervertreter fordern daher unverzügliche Einlösung des Versprechens auf Ueberführung des gesamten Bergbaus in den Besitz der Allgemeinheit und die Führung der Verwaltung der Bergbaubetriebe nach Grundrissen der Gemeinwirtschaft. Die Bergarbeiter erwarten keineswegs eine besondere Bevorzugung für sich, sie wissen, daß sie auch in gemeinwirtschaftlichen Betrieben schwer arbeiten müssen. Sie wollen diese schwere Arbeit aber leisten im Interesse und zum Besten der Allgemeinheit und nicht zum Nutzen einer Handvoll Kapitalisten. Jede Sonderstellung durch Gewinnbeteiligung, Gewährung von Aktienanteilen oder Prämienvergütung und dergleichen lehnen die Bergarbeiter von vornherein ab.

Der deutsche Wandbess in Ostafrika. Die „Times“ melden, daß Maßnahmen getroffen werden, um den gesamten deutschen Landbesitz im vormaligen Deutsch-Ostafrika, aus dem so gut wie alle deutschen Unterthanen vertrieben worden sind, zu verkaufen. Erwählung der belgischen Kammer. Die belgische Kammer wählte mit 150 von 160 abgegebenen Stimmen den Sozialisten Brunet zum Vorsitzenden und zum zweiten Vorsitzenden an Stelle von Carton de Wiart den Katholiken Thebaet. Die Stelle des dritten Vorsitzenden verbleibt der liberalen Partei. Serbien ratifiziert den Vertrag von Rapallo. Der Prinzregent von Serbien hat am 21. November den Vertrag von Rapallo ratifiziert.

## Preussische Landesversammlung

Auf der Tagesordnung steht zunächst die am Montag abgebrochene zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Einführung einer Altersgrenze. — Abg. Kausner (U. S. rechts): Wir wenden uns dagegen, daß einzelne Beamtencategorien von dem Gehalt ausgenommen werden sollen. Auch können wir eine Heraushebung der Altersgrenze ab. — Abg. Wehmer (Dinat.): Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Festsetzung einer Altersgrenze, halten aber ihre Einführung im Augenblick in Anbetracht der finanziellen Notlage des Staates für unangebracht. — Abg. Bartels (Dem.) spricht sich für die Ausschließung des Gesetzentwurfes aus. — Abg. Hoffmann (D. P.): Die Ausschließung findet nicht unsere Zustimmung. — Abg. Dr. Reineke (Zr.): Wir behalten uns an eine endgültige Stellungnahme bis zur dritten Lesung vor. — Abg. Frenkmuth (Soz.): Die Festsetzung einer Altersgrenze ist unbedingt notwendig, weil unser Beamtentum zum Teil schon überaltert ist.

Finanzminister Lüdemann: Gerade der gegenwärtige Zeitpunkt ist besonders geeignet, dieses Gesetz durchzuführen, weil durch den Krieg die Ueberalterung teilweise eine Form angenommen hat, die einen geordneten Fortgang der Staatsgeschäfte aufs äußerste erschwert. Diese Ueberalterung wird besonders jetzt, wo der Staat sich auf neue Grundlagen aufbauen will, vom Volke besonders unangenehm empfunden. (Widerspruch rechts.) Die Kosten, die das Gesetz verursacht, sind erträglich, als die Beibehaltung einer Ueberalterung, mental leistungsfähigen Beamtenschaft. (Sehr richtig links, lärmender Widerspruch rechts.) Sie (nach rechts) wollen politische Auseinandersetzungen mit dem Gesetz verknüpfen. Die Politik hat damit gar nichts zu tun, denn das Altersgrenzengesetz entspringt rein sachlichen Erwägungen. (Widerspruch rechts.)

Das Gesetz wird im wesentlichen in der Ausschlußfassung angenommen. Ein deutschnationaler Antrag, der die Heraushebung der Altersgrenze für nichtstaatliche Staatsbeamte von 35 auf 65 Jahre fordert, wird mit 150 Stimmen gegen 100 und zwar gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien und des Zentrums in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Nach Erledigung einzelner Anträge ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt. Das Haus geht die

### Beratung über den Justizetat

fort.

Justizminister Dr. am Rehboff: Dem Abgeordneten Dr. Seemann gegenüber muß ich folgendes richtig stellen: Der Königsberger Landgerichtspräsident Karman ist nicht diszipliniert worden, weil auf dem Landgerichtsgebäude wie auf allen anderen öffentlichen Gebäuden die schwarz-weiße rote Flagge gehißt worden ist, sondern weil diese Flagge nur auf dem Landgericht gehißt war. Im Falle Lüdemann hat der Reichstag die Genehmigung zur Eröffnung eines Verfahrens nicht erteilt. Eine Ueberprüfung im Strafpolizeibereich kann erst erfolgen, wenn wir eine Reform des Strafgesetzbuches haben. Im Falle Sinowjew kann als strafbare Handlung nur Hochverrat in Frage kommen, wenn er die ihm zugeschriebenen Feindverhandlungen getan hat. Zur Beurteilung dieser Straftaten ist das Reichsgericht, und daher zu seiner Anweisung an die Staatsanwaltschaft der Reichsjustizminister zuständig. Das Reichskabinett hat aber die Voraussetzungen für die Einleitung eines Hochverratsverfahrens nicht gegeben gehalten. (Hört, hört rechts.) Es wäre feindselig gewesen, wenn die preussische Justizverwaltung nunmehr ein Verfahren wegen groben Unfugs oder Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze veranlaßt hätte.

### Genosse Obuch:

Die Justizverwaltung könnte, wenn sie den vom Demokraten Brandt herbeigeführten neuen Geist innerhalb des Justizwesens herbeiführen wollte, dem Volke etwas bieten. Nun scheint es aber, als ob das Justizministerium mit dem Reichsjustizminister in einem Weichheitsdilemma eingetreten ist, welches beiden mehr von reaktionärem Geiste erfüllt ist. Wenn der Justizminister sagt, daß das Vertrauen zur Justizverwaltung im letzten Jahre im Volke gewachsen ist, so muß der Justizminister über die Anschauungen des Volkes sehr wenig unterrichtet sein. Die Antwort, die der Justizminister auf die Anklage des Abgeordneten Heimann gegeben hat, ist in jeder Beziehung unbefriedigend. Der Vorwurf des Abgeordneten Seemann, wir wollten nur unsere Parteilettreure im Richterstande unterbringen, steht unterhalb der Würde dieses Hauses. Uebrigens hat der Abgeordnete Heimann diese Behauptung überhaupt nicht aufgestellt.

### Wann kommt das neue Strafgesetz

und die neue Strafprozessordnung? Auch das Zivilrecht ist dringend reformbedürftig, vor allem das Arbeitsrecht und das Erbrecht. Die Behandlung der Untersuchungsgefangenen ist recht zum Himmel. Die Vorbildung der Staatsanwaltschaften und der Strafjustizbeamten für ihre Aufgaben muß entschieden verbessert werden. Die Unterbringung der Strafgefangenen ist vielfach ungenügend. Es ist eine Qualerei sondergleichen, wenn man ihnen jeden Blick durchs Fenster ins Freie raubt. Auch über die Verpflegung wird häufig geklagt. Der Untersuchungsgefangene Karl Winter ist erst nach sieben Monaten Untersuchungsgefangenschaft freigelassen worden, obwohl sein Vergehen unter die Amnestie fiel. Noch immer werden Untersuchungs- und Strafgefangene mißhandelt, vor allem politische Gefangene, z. B. ein gewisser Steffen im Erfurter Gefängnis. Er wurde solange gequält, bis er auf dem Gefängnisboden zusammenbrach. Derartige Vorgänge können nur dann dauernd beseitigt werden, wenn solche Beamte rüchlos aus dem Amte entfernt werden. Zu Anfang April gibt immer noch die Handhabung der Amnestie. Es fehlt die einheitliche Instruktion der Landgerichte durch die Justizverwaltung. Die mit der Amnestie verbundene Lösung des Strafregisters wird nicht überall vorgenommen. Auch wird die Amnestie entgegen dem Gehalt von mehreren Landgerichten nicht auf das Jahr 1919 ausgedehnt. Es kommt auch vor, daß von den Beteiligten an ein und derselben Strafhandlung der eine Teil der Schuldigen amnestiert wird, der andere nicht. Warum wird nicht gegen die Angehörigen des Freikorps Walod vorgegangen, die im Ruhrgebiet sinnlos Arbeiter erschossen haben? Warum wird im Falle der Marburger Studenten nicht eingegriffen? Die Angehörigen der von den Marburger Studenten erschossenen werden jetzt auf dem Klagenweg verurteilt. Dieser Weg ist ihnen aber solange verschlossen, bis nicht ein Gerichtsurteil gegen die Studenten vorliegt. Warum kommt übrigens der Fall vor das Kasseler Schwurgericht und nicht vor das Gothaer das näher zum Orte der Tat liegt?

Der Rechner wird vom Präsidenten unterbrochen. Während der Abg. Obuch noch weiter spricht, erteilt Präsident Leinert das Wort dem Vertreter des Justizministeriums. Dieser führt aus: Für die Einlegung und Aufhebung der außerordentlichen Gerichte ist der Reichspräsident zuständig. Es ist ihm nicht zu erlauben, daß Abgeordnete Obuch wenden. Der Fall Marlow gehört überhaupt nicht hierher, denn für seine Behandlung ist die Reichsjustizverwaltung zuständig. Der Justizminister hat ausdrücklich angeordnet, daß das Amnestiegesetz möglichst weitestgehend ausgelegt werden soll. Wenn trotzdem Berichtshaltungen in der Ausführung vorgekommen sind, so handelt es sich um Verschleppereien, die nicht zu vermeiden sind. Die Justizverwaltung wird die vom Abgeordneten Obuch angeführten Fälle prüfen.

Abg. Kallan (Neukommunist): Die Justizreform geht viel zu langsam vor sich. Wo Reformen eingeführt worden sind, da ist der Erfolg bisher sehr gering gewesen. In Halle sind unerschützte Teile gegen Arbeiter gefaßt worden, wegen Vergehen, die mit dem Rapp-Buß in Verbindung standen. Vielfach sind die Gerichte über die Anträge des Staatsanwalts noch hinausgegangen. Da dürfen Sie sich nicht wundern über die Empörung der Arbeiter gegen die preussische Justiz. Viel zu niedrig ist die Besoldung der Justizhilfsmarkmeister. Es ist für Arbeiter reiche Beamte geradezu eine Verführung zur Korruption. Dem Antrag Heilmann auf Aufhebung der Frauen zur juristischen Laufbahn können wir natürlich zu.

Darauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr: Besetzung des Haushaltssetats, Gesetz über die Kirchensteuer.

# Der Friedensvertrag im Reichstag

## Keine Revanchepolitik

Als der Haushaltsausschuss seine Beratungen über den Etat des Friedensvertrages beendet hatte, forderte ein Mitglied der Deutschen Volkspartei die Fraktionen auf, bei der Besprechung im Plenum mit besonderem Nachdruck einmütig die Revision des Friedensvertrages zu fordern. In der gestrigen Debatte, die vor einem verhältnismäßig schlecht besetzten Hause geführt wurde, war von diesem Eifer auch bei den Vertretern der bürgerlichen Parteien verhältnismäßig wenig zu merken. Sie sagten ihr Sprüchlein, aber es fehlte die Schärfe, auf die man sich eigentlich gefaßt gemacht hatte. Woran liegt das? Vielleicht ist das Klavier etwas abgespielt, vielleicht kommt auch den bürgerlichen Fraktionen allmählich zum Bewußtsein, daß die ständige Wiederholung des Rufes: Revision! der Sache mehr schadet als nützt. Jedenfalls haben sie sich darauf beschränkt, allgemein über die Lasten des Vertrages und die Nöte der besetzten Gebiete zu klagen, und die Unentrichtlichkeit der dem deutschen Volke aufgebürdeten Lasten aufzuzeigen.

Die sozialistischen Parteien gaben die Berechtigung der Beschwerden natürlich im allgemeinen zu, ergänzten sie aber doch insofern, als sie mit aller Deutlichkeit jede Revanchepolitik und jeden Gedanken an Krieg ablehnten. Der Rechtsminister Wels erklärte, daß Revanche und Revision nicht miteinander vereinbar seien, und daß man zwischen diesen beiden Möglichkeiten zu wählen habe.

Genosse Breitscheid erinnerte daran, daß es die Schuld der maßgebenden Kreise des alten Deutschlands sei, wenn das Volk jetzt unter einem so schweren Druck leide, und er kritisierte im übrigen sehr eindringlich die Reden, die der Außenminister Simons kürzlich in a. m. Rhein gehalten hat. Unter großer Aufmerksamkeit des Hauses bestritt er, mit gutem Zahlenmaterial versehen, die Behauptung, nach der Frankreich einen Ueberfluß an Kohlen besitze und deshalb auf die deutsche Kohle verzichten könne. Simons habe der Sache der Revision mit der Darstellung von Frankreichs Ueberfüllung mit Brennstoffen keinen guten Dienst erwiesen.

Noch weniger zweckentsprechend sei die Erklärung gewesen, Deutschland werde es als einen feindlichen Akt betrachten, wenn Frankreich ins Ruhrrevier einmarschiere. Simons sei zu viel Jurist und zu wenig Psychologe. Es komme jetzt darauf an, die Keime der Verständigung, und Versöhnungswillens in Frankreich zu erkennen und sorgfältig zu behandeln. Deutschland muß, solange die internationale Arbeiterschaft nicht stark genug ist, den Versailler Vertrag ganz und gar zu beseitigen, damit rechnen, daß er sich, wie ein französisches Blatt ausgedrückt hat, von selbst zu unseren Gunsten „entwickelt“.

Der Minister Simons hat auf diese Bemerkungen nicht geantwortet. Ebenso wenig auf die Andeutungen des Genossen Breitscheid, daß im Auswärtigen Amt Rußland gegenüber zur Zeit offenbar ein anderer Kurs eingeschlagen werde, als der verhältnismäßig freundliche, von dem der Minister vor einigen Monaten gesprochen hat. Vielleicht hielt es Herr Simons für gut, die in Düsseldorf und Köln gemachten Ausführungen nicht durch eine Wiederholung zu unterstützen. Von ihnen abzulenken wollte er auch nicht, und beschloß schwieg er. Offenbar wird er stark genug sein, sich den Einflüssen, die von rechts her bei ihm ausgeübt werden, wieder zu entziehen, und im Kabinett sowohl wie in seinem eigenen Amte den Auffassungen wieder Geltung zu verschaffen, die er im Anfang seiner Ministerstätigkeit mit soviel versprechenden Worten verkündete.

## Der Sitzungsbericht

Zur zweiten Lesung des Reichshaushaltsplan beim Reichstag für die Ausführung des Friedensvertrages liegen eine Reihe von Beschlüssen des Ausschusses vor. So wird die Regierung ersucht, erneut bei den Ländern auf eine möglichst weitgehende Entlastung der vormaligen eisen-lochtrinkenden Beamten zu dringen. Ueber die Kosten des Oberauschusses der alliierten Mächte und die Unterhaltung der Besatzungstruppen sowie über die bisher vom Reich geleisteten Vorkosten und Leistungen aus dem Friedensvertrag, soll dem Reichstag eine Denkschrift vorgelegt werden. Ferner soll auch die Herabsetzung der Besatzungsziffern und auf die Begrenzung der Kosten gedrungen und der Schaden festgestellt werden, den die pfälzische Rheinlandzentrale durch Auflösung des von der Zentrale mit der bayerischen Bergwerksverwaltung geschlossenen Kohlenlieferungsvertrages durch die französische Bergbehörde erlitten hat. Schließlich soll dahin gewirkt werden, daß uns Kriegsmaterial aus Glandensbronze zur Wiederherstellung zerörter Kirchengebäude geliefert wird. Die Kosten für den Oberauschuss werden von 20 auf 40 Millionen Mark erhöht. — Anschließend daran berichtet

Abg. Breitscheid (U. S. P. rechts) über die Ausschussvorhandlungen. Abg. Wels (Soj.): Wir Sozialdemokraten haben in den ersten Tagen nach dem Friedensvertrage unserer Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß dieser Vertrag revidiert werden muß und zwar im Interesse aller Parteien, sowohl derjenigen, die ihn erlassen sollen, als auch derjenigen, die die Leistungen des Vertrages erschaffen und erwarten. Als Partei der Arbeiter verlangen wir angelehnt des schwersten Vertrages eine Revision und Bedingungen, denen wir nach menschenmöglicher Voraussicht nachkommen können. Für die Macht des Kapitalismus in den Entente-Ländern werden wir noch lange kein Gegengewicht finden. Die Hauptforderungen sind Beseitigung des Militarismus von allen Weltländern, Schadenersatz für die kriegsverwüsteten Gebiete, das Wichtigste in unserer heutigen Situation ist der

Appell an die germanisierte Faust. So wie ihn Herr Gräfe in Hannover auf dem Parteitag propagiert hat. Der betreffende Artikel der „Kreuzzeitung“ heißt mit der Aufsicht, daß, wenn das deutsche Volk erst wieder bündnisfähig sein werde, auch für uns der Tag der Rache gekommen sei. Revision und Rache: das eine schlägt das andere tot, das eine schließt das andere aus. Die Herren um Geisse hätten ebenfalls nur ein Verfaßtes aus einem Sieg gemacht. (Sehr richtig!) Wir verlangen die Revision für ein entwaffnetes Deutschland, das neben seinem Recht auch die Rechte der anderen Völker nicht verletzen will. (Beifall links.) Nur die Schaffung einer anderen Atmosphäre bei uns wird auch eine andere Atmosphäre in den Entente-Ländern und in der Welt auslösen. (Beifall links, Unruhe rechts.) Wir sehen der Festlegung der Kriegsschulden mit einem gewissen Mißtrauen entgegen, denn alle bisher genannten Summen übersteigen weit unsere Leistungsfähigkeit. Wie kommt es, daß die für Ernährung und Bekleidung der Bergarbeiter aus demselben Sammen zur Dampf anderer Bergleistungen verwendet werden, wie dies der Herr Reichsaussenminister in seiner Dillendorfer Rede angegeben hat. (Hört! hört!) Wir verlangen genaue Auskunft über die Verwendung des Hans-Gold-Mark-Fonds. (Sehr richtig!) Die kommenden Verhandlungen werden entscheiden, ob der Friedensvertrag endgültig das Todes-

urteil für Europa werden wird oder nicht. Der Kernpunkt ist: Aus der Wiedergutmachung eine Brücke zu machen, die den auch heute noch zwischen den beiden Völkern bestehenden Schichtengraben überbrückt. (Lebhafte Beifall bei den Soj.)

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons: Bei der Neuherauf in Düsseldorf handelte es sich nicht um einen Vorwurf gegen die Alliierten, daß diese keine Posten nicht bezahlt hätten, sondern nur um die Feststellung der traurigen Tatsache, daß die eingenommenen Gelder nicht für die vorgesehene Zwecke verwendet werden konnten, sondern zur Deckung von Ententeguthaben, die in ausländischen Devisen gefordert wurden, verwendet werden mußten. (Hört! hört!)

Abg. Scheiber (Ztr.): Die Finanzlage des Reiches ist in außerordentlicher Weise von dem Etat des Friedensvertrages abhängig, beträgt doch der ordentliche Etat nur 20 Milliarden Mark, während sich die Forderungen aus dem Friedensvertrag auf 41 belaufen. (Hört! hört!)

Abg. Dr. Reihert (Dnat.): Der Zerger des Herrn Wels über den Ausfall der letzten Wahl ist ein Symptom der Entwicklung der Arbeiterfraktionen.

Abg. Dr. Japs (D. Sp.): Wenn unsere finanzielle Lage das Stigma der Hoffnungslosigkeit an sich trägt, so hauptsächlich durch das Kapitel der Forderungen aus dem Friedensvertrag. (Sehr richtig.) Der Zusammenbruch der Kräfte Wranke's rückt die Gefahr der Volkshungerkatastrophe Deutschlands um so näher, als die in Rußland bestehende Verbindung zwischen Nationalismus und Bolschewismus auch in Deutschland gewisse Anziehungskraft gewinnen könnte. Der vorliegende Etat ist eine ernste Warnung an Europa und die Entente, den Bogen nicht zu überspannen und an uns selbst, von den inneren Wirren abzulassen. (Lebhafte Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

### Genosse Dr. Breitscheid:

Auch meine politischen Freunde fordern die Abänderung dieses Friedensvertrages. Es fragt sich aber immer, was man unter einer Revision versteht, und mit welchen Mitteln sie angestrebt werden soll. Wir empfinden die Lasten des Friedensvertrages noch stärker als die andern, denn die

### Hauptleidtragenden des Krieges

sind und bleiben die arbeitenden Klassen in Deutschland. Trotzdem können wir nicht in die Töne der Rechtspartheien einstimmen. Denn wir haben immer wieder daran zu erinnern, daß wir es hier mit den Folgen der Politik zu tun haben, die von den vordem in Deutschland herrschenden Klassen getrieben worden ist. Wir stellen immer wieder fest, den größten Teil der Schuld an den Lasten trägt das Verbrechen des Kriegesbeginns, das Verbrechen der Kriegsverlängerung und das Verbrechen des schlechten Beispiels, das Deutschland in Brest-Litowsk und Buzarek gegeben hat. Es ist unerträglich zu sehen, wie die

### Schuldigen von gestern und vorgestern

es mit so leichter Mühe fertig bringen, sich in der Rolle der Ankläger und Sittensrichter von heute zu gefallen. (Beifall bei den U. Soj.) Ihr Auftreten kann wenig Eindruck machen, da man immer wieder feststellen muß, daß für den Fall, daß Deutschland in dem Weltkrieg Sieger geblieben wäre, die Völker der Entente heute denselben oder noch viel mehr Grund hätten, als wir, über die Unterdrückung durch die Sieger zu klagen. Wir sind überzeugt, daß das deutsche Volk viel mehr Lust hätte, draussen gehört und verstanden zu werden, wenn die Herren Helfrich und seine Freunde schwelgen würden, und wenn sie ihre Klagen, zu denen sie am ehesten berechtigten sind, nicht mit den unseren vereinen würden.

Wir haben es hier in erster Linie mit den Kosten der Besetzung der Rheinlande zu tun. Auch wir halten sie für unerträglich und unerträglich. Es ist unmöglich, von uns Wiedergutmachung, wie Frankreich sie zu extrahieren scheint, zu erwarten, wenn man gleichzeitig auf dem Wege über diese Okkupation uns die Zahlungsmöglichkeit nimmt. Der gegenwärtige Zustand lastet schwer auf unserem gesamten Wirtschaftsleben. Das Ganze läuft auf eine sinnlose Unterdrückung hinaus. Eine andere Frage aber ist es, ob die Methoden, die in der letzten Zeit zur Anwendung des Verhängnisses angewendet worden sind, zweckentsprechend waren und ich muß mich da besonders mit den

### Reden des Ministers Simons am Rhein

beschäftigen. Herr Simons hat in Düsseldorf erklärt, Frankreich habe einen Ueberfluß an Kohlen. Hat die Regierung schlüssige Beweise für diese Behauptung? Erinnern wir uns doch daran, daß auf die Befehle des Generals Ludendorff in Nordfrankreich 220 Kohlenruben zerstört worden sind. Heute stehen in diesen Gruben noch 80 Millionen Kubikmeter Wasser. Der Materialschaden beläuft sich auf 5 Milliarden Franken. Von den 20 Millionen Tonnen, die vor dem Kriege aus diesen Gruben herausgeholt wurden, sind 20 Millionen weggefallen. 1920 hat das monatliche Mittel der in Frankreich vorhandenen Kohlemengen nur 60 Proz. des Bedarfs der Hochöfen ausgemacht. Tatsache ist, daß auf Bahnhöfen und Halben in Frankreich Kohlen lagern, aber das hängt damit zusammen, daß die Verkehrsmittel und die Verteilungsorganisation schlecht funktionieren. Selbstverständlich soll damit nicht gesagt sein, daß es in Frankreich eine Kohlennot gäbe und in Deutschland nicht. Wir wissen, wie stark sich der Brennstoffmangel in Deutschland fühlbar macht. Aber um zu einer Besserung für Deutschland zu gelangen, empfiehlt es sich nicht, von einem gewaltigen Ueberfluß in Frankreich zu reden. Ich berufe mich auch auf das Zeugnis anderer Genossen Jouhaux. Dabei ist noch eins in Betracht zu ziehen. Wir haben bisher die zwei Millionen Tonnen pro Monat geliefert. Wo stehen die 36 Millionen Mark, die Frankreich im September und Oktober, gemäß dem Abkommen von Spa, an uns abgeliefert hat, und die doch für die bessere Ernährung der Bergarbeiter verwendet werden sollen. Im übrigen wird die Regierung den Vertrag auch in der bisherigen Weise nur erfüllen können, wenn die Bergarbeiter weiter Ueberflüssen verfahren, und das wird nur geschehen, wenn endlich mit der

### Sozialisierung

erst gemacht wird. Kann sie nicht erfüllen, so rückt die Gefahr nahe, von der ebenfalls Minister Simons in Düsseldorf sprach, nämlich die des Einmarsches ins Ruhrrevier. Herr Simons hat einen solchen Einmarsch als

### feindlichen Akt

bezeichnet. Ich gehe nicht auf die rechtliche Seite der Frage ein. Aber ich frage, ob es zweckmäßig war, dieses Wort zu gebrauchen. Herr Simons ist ein vorzüglicher Jurist, aber es wäre gut, wenn der Jurist nicht mit dem Politiker durchginge. Das heißt, wenn er sich nicht auf den Standpunkt des formalen Rechts stellt, sondern etwas Psychologie triebe. Von einem feindlichen Akt sollte man erst reden, wenn man weiß, was man tun will, um auf diesen Akt zu antworten. Simons spielt sicher nicht mit dem Kriegsgedanken, aber drücken kann es so ausgelegt werden. Und Sie dürfen sich nicht wundern, wenn Frankreich sich für berechtigt hält, nun seine Truppen in den Rheinlande noch mehr

zu verstärken. Wir hätten ja nicht einmal einen politischen und wirtschaftlichen Bundesgenossen, wenn wir Frankreichs Vorgehen entsprechend beantworten wollten. Denn das Auswärtige Ministerium ist unter bestimmten Einflüssen von der ersten Idee einer wirtschaftlichen

### Annäherung an Rußland

mehr und mehr abgekommen.

Es wäre besser, die Gefahr der Besetzung des Ruhrreviers nicht so stark an die Wand zu malen. In Frankreich ist eine starke Stimmung vorhanden, die diesem Gedanken widerspricht. Selbst das Generalläutnantsblatt, das „Echo de Paris“, hat neulich erklärt, die Ruhrbesetzung komme nur in Frage, wenn Deutschland seine Kohlen liefern oder sich mit Rußland verbünde oder seinen Verpflichtungen, bezüglich der Entwaffnung, nicht nachkomme. Der dritte Punkt ist der wichtigste, und hier haben wir darauf hinzuweisen, daß B a r e n noch immer nicht seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag nachkommt. Was Bayern verschuldet, das muß unter Umständen das gesamte deutsche Volk büßen. Hierauf hätten die Minister in erster Linie hinweisen müssen.

Die Stimmung in Frankreich ist uns gegenüber zwar noch schlecht, aber man merkt schon Anzeichen der Besserung. Besonders der „Temps“, der wahrhaftig nicht zu den deutschfeindlichen Organen gehört, rät zur Verständigung und zur Versöhnung. Es kommt darauf an, Psychologie zu treiben und vor allem eine feste Linie zu haben, um diese Stimmungen für Deutschland nutzbar zu machen. Eins der besten Mittel zur Wiederherstellung besserer Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich wäre die gemeinsame Arbeit des Wiederaufbaus Nordfrankreichs. Für dringend notwendig halte ich es ferner, daß die Regierung auf die Feststellung einer bestimmten Summe für die Wiedergutmachung dringt, damit der unseren Kredit gefährdenden Unsicherheit ein Ende gemacht ist. Das wichtigste aber ist, daß sie mit einem bestimmten Vorschlag über das, was sie leisten kann, zu den Konferenzen nach Brüssel und Genf geht.

Die Revision des Friedensvertrages ist ein Wort, unter dem man dies und das verstehen kann. Meiner Ueberzeugung nach sollte man weniger davon sprechen und mehr eine Politik treiben, die die Revision praktisch fördert. Revision braucht nicht zu bedeuten, daß in absehbarer Zeit eine neue internationale Konferenz zusammentritt, um das ganze Friedensinstrument noch einmal zur Debatte zu stellen. Aber ein französisches Blatt schrieb neulich, daß der

### Vertrag sich allmählich entwickele,

daß langsam ein Stein nach dem anderen abbröckele. Unsere Aufgabe ist es, eine Politik zu treiben, die diese Entwicklung des Vertrages fördert. Sie wird noch auf lange Zeit hinaus nicht das Tempo annehmen, das wir im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens und vor allem im Interesse der deutschen Arbeiterschaft wünschen möchten. Wir hoffen aber, daß die Zeit kommen wird, in der der ganze Vertrag tatsächlich beseitigt und an seine Stelle ein Instrument wirklicher Gerechtigkeit gestellt wird. Das wird sich nicht in Brüssel und Genf, nicht auf diplomatischen Kongressen oder im Schöße des sogenannten Völkerbundes vollziehen, das wird sich nur vollziehen, wenn die Reisenden von hüten und drüben, wenn die

### Arbeiter in Deutschland und die Arbeiter in Frankreich und England

so stark geworden sind, um diesem kapitalistischen Druckmittel ein Ende zu bereiten.

Abg. Koresl (Dem.) wendet sich gegen die optimistischen Neuherungen des Abg. Breitscheid über einen Teil der französischen Besatz. Unerhört sind die Kosten für die Besatzungen, so kostete in Ludwigshafen eine einzige Kaserne 42 Millionen Mark, eine Flugplatzstation 15 Millionen Mark, 378 Millionen sind für Wohnungsbauten gefordert und dabei steht zu befürchten, daß die angeforderten 15 Milliarden nur ein Bruchteil der ganzen Summe sind. Redner kommt dann auf die umfangreichen Schiebung zu sprechen, die durch die Besatzungstruppen ermöglicht wird.

Abg. Fries (Kommunist): Wir sind uns vollkommen darüber klar, daß eine Revision auf parlamentarische Weise und mit den Mitteln der alten Diplomatie nicht erreicht werden kann, denn die Wirklichkeit hat nicht Frankreich oder England den Krieg gewonnen, sondern der internationale Kapitalismus und die internationale Arbeiterschaft hat ihn verloren. (Sehr richtig auf der äußersten Linken.) Deshalb kann auch eine Revision nur durch eine internationale Aktion der revolutionären Arbeiterschaft in ganzen Welt erzwungen werden. (Sehr richtig bei den Kommunisten.) Außerdem stelle ich fest, daß es nicht richtig ist, wenn hier behauptet wird, daß die Bürger des Rheinlandes unerträgliche Lasten hätten, denn es ist Tatsache, daß die Bourgeoisie im besetzten Gebiet lieber englische Offiziere in ihre Wohnungen aufnimmt als deutsche Arbeiter und Angestellte. (Hört, hört!) Redner wendet sich dann gegen den Ruf von Koresl an das internationale Christentum und weist darauf hin, daß die Verbündeten des Christentums während des Krieges eifrig mitgearbeitet haben. (Sehr richtig!) Wenn uns heute die Arbeiter im besetzten Gebiet fragen, warum sind wir so im Elend, dann müssen wir die Wahrheit nicht antworten: Wegen der Schuld der deutschen Bourgeoisie vor, während und nach dem Krieg. (Sehr richtig links.) Redner gibt dann Mitteilungen der Abkündigungskommission bekannt. Daß in diesem Hause Vertreter der deutschen nationalen Parteien im Namen des deutschen Volkes Kritik üben, schädigt uns in den Augen des Auslandes. (Unruhe rechts.) Es wird Ihnen bei seiner Gelegenheit geschenkt werden. Wir werden immer wieder darauf hinweisen, gerade weil Sie es nicht hören wollen. Ich bin überzeugt, daß mancher deutsche Kapitalist sehr traurig wäre, wenn die Besetzung der Entente abgezogen würde. Die englischen Maschinenweber sind den Herren sehr willkommen, um den Streit der deutschen Arbeiterkraft zu brechen. (Große Unruhe, der Vorsitzende erucht den Redner um Wahrung.) Zurufe von links: B e n j o z e! Weiter! Kosl! Wenn diese Herren den deutschen Arbeiter heutzutage ausrufen, das Vaterland aufzubauen, so erklären wir, daß der Arbeiter kein Vaterland hat. Die Kosten für den Oberauschuss werden gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Unabhängigen von 20 auf 40 Millionen Mark erhöht. Die dazu vorliegenden Entschlüsse über die Zahl und Tätigkeit der Delegierten und über die vorzuliegende Denkschrift werden angenommen. — Die Entscheidung über die Wiederanstellung der ehemaligen eisen-lochtrinkenden Beamten wird angenommen, bescheiden der sogenannte Haushalt der Ausführung des Friedensvertrages.

Eingegangen ist eine Interpellation Trimborn (Zentrum) und Genossen, die sich gegen die beleidigenden Neuherungen des Direktors der Reichsgewerbestelle der rheinischen Bevölkerung gegenüber, wendet.

Das Haus verliert sich. Donnerstag 1 Uhr: Interpellation Trimborn, Gesetzentwurf über die Autonomie Oberpfaltens.

### Dr. Max Adler:

## Engels als Denker

ist soeben erschienen

Preis 8.— Mark

Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9



# Der Aufmarsch der Christen

Von dem gewaltigen Zustrom an Mitgliedern, den die Gewerkschaften seit 1918 erfahren haben, haben auch die christlichen Gewerkschaften Vorteil gezogen. Am Schlusse des Berichtsjahres 1919 betrug der Mitgliederbestand 1 000 770, welche Zahl im Vergleich auf 1 250 000 gestiegen sein soll. Gegenüber dem Mitgliederbestand vom 31. Dezember 1918 bedeutet der Mitgliederbestand vom Ende des Jahres 1919 einen Zuwachs von 462 211, was eine Erhöhung des Mitgliederbestandes von 33 Prozent bedeutet. Auch international erlangte die christliche Gewerkschaftsbewegung infolge der Revolution sehr eine höhere, denn wie bei oberflächlicher Betrachtung vielfach irrtümlich angenommen wird, eine geringere Bedeutung. Der Internationale Bund der christlichen Gewerkschaften berichtigte den Mitgliederbestand von 4 Millionen. In Deutschland sind am stärksten der christliche Metallarbeiter-Verband mit 210 000 und der christliche Bergarbeiter-Verband mit 152 000 Mitgliedern. Mag die Gewerkschaftsbewegung neben der mächtigen freien Gewerkschaftsbewegung immerhin nicht allzu bedeutend erscheinen, so ist die Stärke der Christen in diesen außerordentlich wichtigen, bei wirtschaftlichen Bewegungen wie bei den politischen Klassenkämpfen des Proletariats entscheidenden und bei den Bestrebungen auf Sozialisierung des Wirtschaftslebens im Vordergrund stehenden Industriezweigen immerhin zu beachten. Im Bergbau bedeuten die 152 000 Christen neben den 436 000 Mitgliedern des alten Bergarbeiter-Verbandes sogar eine Macht, was noch deutlicher in Erscheinung tritt, wenn man bedenkt, daß die Ausbehnungsfähigkeit der Organisationen nicht mehr sehr groß ist. Beide Verbände umfassen zusammen 588 000 Mitglieder. Dazu kommen die Gruppen der polnischen und tschechischen Bergarbeiter und die Angehörigen der freien Arbeiter-Union, die ebenfalls gerade im Bergbau eine gewisse Bedeutung erlangt hat. Da nach der Betriebszählung von 1907 in Deutschland 612 485 Bergarbeiter beschäftigt waren, ist die Bergarbeiter-Gewerkschaft, obwohl organisatorisch zersplittert, dennoch fast reif zur Organisierung. Die Bedeutung der christlichen Bergarbeiter-Organisationen dürfte dadurch anerkannt werden, daß ihrem Führer, dem Abgeordneten Imbusch, ein Sitz in der Zentrale des Internationalen Bergarbeiter-Bundes übertragen wurde.

Aus allen diesen Gründen haben die Beschlüsse des christlichen Gewerkschaftskongresses in Essen, der am Sonntag begann, erhebliche Bedeutung. Im Vordergrund steht die Haltung der christlichen Bewegung zur Frage der Sozialisierung. Die Frage ist im Bergbau auf dem Programm, der das Thema in einem allgemeinen Referat behandelte, allerdings ohne auf die Sozialisierung der Kohlenwerke direkt einzugehen, erklärte sich in vieldeutigen Reden für die Umformung unserer Wirtschaft im Geiste des sozialen Fortschritts und der Umwertung der Persönlichkeit des Arbeitnehmers vom Objekt zum Mitträger der Wirtschaft. Der Arbeiter müsse ruhiger und Teilhaber des Betriebes werden, aber die völlige Ueberführung der Wirtschaft in den Besitz der Allgemeinheit sei „an sich schon eine Utopie“. Im Augenblick der sinkenden Produktivität aber sei sie unter allen Umständen ein Wahrsinn. Stegerwald sprach sich für eine Interessierung und Beteiligung der Arbeiter aus und erklärte die Aktionäre für inkompatibel. Eine kollektive Vertretung der Arbeiter-Aktionäre müsse in jedem einzelnen Werke eingerichtet werden und zur Sicherung der Position der Arbeiter-Aktionäre sei eine Volksbank zu schaffen, die verhindert, daß die Aktien wieder in die Hände der Unternehmer zurückkämen.

Das ist eine Abklage an den Sozialismus, was wir nicht näher darzulegen brauchen, nachdem wir in den letzten Wochen immer wieder dargestellt haben, daß alle diese angeblichen Zwischenformen zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaft nichts anderes sind als die Verhinderung der Sozialisierung. Die Haltung der christlichen Bergarbeiter-Verbandes im Kampfe um die Sozialisierung wird mithin eine höchst unklare und zweideutige. Als Mitglied der deutschen christlichen Gewerkschaftsbewegung wird Herr Imbusch

und mit ihm sein christliches Bergarbeiterfolge dieser Tendenz des Herrn Stegerwald folgen müssen, der wiederum nicht so reden würde, wenn ihm nicht die Stimmung jener Mächte bekannt wäre, die in der christlichen Arbeiterbewegung den Ton angeben. Als Mitglied des Internationalen Bergarbeiterbundes aber ist Herr Imbusch auf die Beschlüsse des Seneser Internationalen Bergarbeiterkongresses verpflichtet, die für die Durchsetzung der Sozialisierung des Bergbaues jedes Kampfmittel bis zum internationalen Bergarbeiterstreik in Aussicht genommen haben. Die deutsche Arbeiterkraft wird also den Christen klar auf die Finger zu legen haben, und in den Bergrevieren muß schon jetzt eine starke Propaganda für die Sozialisierung und gegen jene Pflückerer, die Sozialisierung vortäuschen sollen, beginnen, wenn es im entscheidenden Augenblicke gelingen soll, auch die christliche Bergarbeiterkraft für den Kampf um die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft zu gewinnen.

Von anderen wichtigen Beschlüssen des christlichen Gewerkschaftskongresses ist eine Entschließung hervorzuheben, die sich mit der technischen Nothilfe beschäftigt. Die Entschließung erklärt die Gewerkschaften für unfähig, die Verantwortung für die Beseitigung von Notstandsarbeiten bei Streiks in lebenswichtigen Betrieben zu übernehmen, und fordert deswegen „den zweckmäßigen Ausbau einer unter reichsbehördlicher Leitung stehenden technischen Nothilfe“. Bis jetzt hat diese Entschließung erheblichen Widerstand in den Reihen der Delegierten gefunden. Man hat daher nach den bisherigen Berichten noch nicht gewagt, sie zur Abstimmung zu bringen, sondern hat sie zurückgestellt. Daß die Leitung des Kongresses diese Resolution nicht der Gefahr einer Ablehnung aussetzen wollte, sondern sie einstweilen aus dem Feuer des Gedächtnisses gezogen hat, spricht für eine starke Stimmung dieser Kongressleitung zugunsten dieser Entschließung. Auch hier wird die endgültige Entscheidung sehr wichtig sein.

Die christlichen Gewerkschaften aber scheiden sich an, ihre Bewegung auch politisch fest zu fundamentieren. Stegerwald propagierte in seiner großen Rede die Gründung einer christlich-nationalen Volkspartei, die von dem evangelischen wie von dem katholischen Volksteil gleichmäßig getragen sein soll. Um diesen Plan zu verfolgen, hat der Kongress ein parlamentarische Komitee geschaffen und die Gründung einer eigenen politischen Tageszeitung in Aussicht genommen. Wie weit diese Absichten sich in die Wirklichkeit umsetzen werden, steht noch dahin. Schon der Gedanke bringt die Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung in einen Gegensatz zum Zentrum, dem sie bisher bedingungslos folgten. Stegerwald ist sich dieses Gegensatzes vollkommen bewußt und er deutete an, daß er die längste Zeit Reichsminister in Preußen gewesen sei, was er gegenwärtig nur sein kann als Vertrauensmann der Zentrumsparlei. Danach scheint es ihm und seiner nächsten Umgebung mit den angebotenen Ämtern durchaus ernst zu sein. Es soll, erklärte Stegerwald, keine neue Klassenpartei geschaffen werden, sondern eine Partei, die sich an alle Klassen und Berufe wendet. Die neue Partei soll die schwer vermehrte große Volks- und Regierungspartei schaffen. Um hierfür die Voraussetzungen zu schaffen, soll die Partei ihre Ziele so stecken, daß alle ihr angehören können, die demokratisch, sozial und christlich denken. „Wo ein großer Knüttel, da ist ein Aufmarsch der Parteien einnehmen wird. Nach den Ausführungen Stegerwald jedoch wird sie eher eine Gefahr, denn eine Stärkung der sozial und politisch vorwärtsdrängenden Kräfte darstellen.

Mag dieser Kongress zu Ende gehen wie immer. Mögen seine Beschlüsse im einzelnen so oder so ausfallen, er hat das Verdienst, die Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung in Deutschland von neuem ins Licht gerückt zu haben. Die sozialistische Arbeiterbewegung, die Gewerkschaftsbewegung sowohl wie die politischen Parteien, werden ihre Propaganda unter den christlichen Arbeitern von neuem verstärken müssen. Durch den Arbeitsgemeinschaftspakt sind die Beziehungen zwischen freien und christlichen Gewerkschaften so freundschaftlich-nachbarlich geworden, daß für die nur gewerkschaftlich interessierten Massen ein Unterschied kaum noch in Erscheinung tritt. Nicht zuletzt darauf dürfte der starke Zuwachs der christlichen Gewerkschaftsbewegung zurückzuführen sein. Es

ist notwendig, daß das aufhört. Wir propagieren nicht den Terror, aber wir müssen uns dafür hüten, daß diese freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Gewerkschaftsorganisationen die Propaganda für den Sozialismus hemmen. Der Kampf um die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft kann die Gelegenheit bieten, um von neuem mit starkem Eifer und für den Sozialismus unter den christlichen Arbeitern, vor allem unter der entscheidenden Gruppe dieser Bewegung, unter den Bergarbeitern aufzutreten.

# Die Beamten und das Streikrecht

Genosse Eduard Jachert schreibt uns: Von verschiedenen Seiten, so auch durch die Broschüre des Zentrumsabgeordneten Allettois „Die Beamten und das Streikrecht“ wird versucht, den Beamten einzureden, sie hätten das Streikrecht nicht. Diese Ansicht ist eine irrige. Sowohl die Volksbeauftragten als auch andere Regierungsveterane haben ganz klar ausgesprochen und verfügt, daß auch die Beamten das Koalitionsrecht haben. Auch die Verfassung bestimmt das. Der Artikel 128 lautet:

„Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Meinung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet.“

Selbstverständlich haben die Beamten dadurch auch das Streikrecht. Sie haben ihre Organisationen gegründet, nicht, um sich geistig zu vergnügen, sondern um ihre geistigen und wirtschaftlichen Interessen mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln zu vertreten. So steht es wenigstens in den Satzungen und die Beamten werden, wenn nichts anderes mehr hilft, auch von dem Streikrecht Gebrauch machen.

Der Hinweis Allettois in seiner Broschüre auf den Abwehrstreik und die Erklärung für den Streikstreik, welche nach Allettois Ansicht keine Streiks sind und nicht als Beispiel herangezogen werden dürfen, sind nicht stichhaltig. Gewiß war der Generallstreik der Beamten während des Kapp-Putsch kein eigentlicher Streik. Die Arbeitseinstellung war ja von der Reichsregierung angeordnet worden. Aber dieser Hinweis befugt nicht, daß die Beamten das Streikrecht nicht hätten. Wäre das der Fall, dann wäre das ausdrücklich in der Verfassung bei dem bezüglichen Beamtenparagrafen angeführt worden.

Selbstverständlich sind auch nun die Beamten des durch Streiks verursachten wirtschaftlichen Schadens vollkommen bewußt und auch ein Generallstreik der Beamten (Eisenbahn und Post), würde den ganzen Verkehr zum Stillstand bringen und der schwere wirtschaftliche Schaden für die Allgemeinheit, einschließlich selbstverständlich der Streikenden selbst, würde eintreten. Das hat wohl auch die Beamten-Organisationen bis jetzt davon abgehalten, trotz der großen wirtschaftlichen Nothlage, in der sich die unruhen und zum Teil die mittleren Beamten, letztere in den Anfangsjahren, befinden, zum Generallstreik aufzurufen. Aber sollte den herrschenden Schichten nicht zum Bewußtsein kommen, in welcher traurigen wirtschaftlichen Lage sich die Beamten befinden, dann wird auch durch den Generallstreik versucht werden müssen, zu einer besseren Lebenslage zu kommen.

Oft genug sind die Vertreter der Beamten-Organisationen zu der Regierung gegangen und haben die Notlage der Beamten und die sich daraus ergebenden verhängnisvollen Folgen hingewiesen. Bezüglich der Beamten bis zur Gruppe 5 so „bedeuten“ Gehälter, nicht nur jetzt, sondern schon jahrelang, die nicht ausreichen, um die primitivsten Existenz zu stiften. Die Not ist bei diesen Beamten so groß, daß sie zum Teil vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehen. Das ist der Regierung bekannt oder es muß ihr bekannt sein, denn es ist ihr wiederholt mitgeteilt worden.

Sollte nun der herrschenden Gesellschaftsschicht in der größten Stunde nicht die Einsicht kommen, daß hier dringend Hilfe geschehen muß, so werden die Beamten auch von dem Streikrecht Gebrauch machen. Aber die Folgen eines solchen Streikes werfen nicht den Beamten vor, sondern den herrschenden Faktoren, die trotz der Finanznot immer noch Milliarden für unproduktive Einrichtungen hinwerfen, aber den berechtigten Forderungen der angeführten Beamtengruppen bisher keine Rechnung getragen haben.

# Hunger

Roman von Knut Hamsun.

„Beilen Sie sich!“ sagt er und sieht auf seine Uhr. „Ich habe auf den Zug gewartet; jetzt höre ich, daß er kommt.“  
 „Ich nahm das Geld; ich war gelähmt vor Freude und sagte kein Wort mehr, ich danke nicht einmal.“  
 „Deshalb brauchen Sie sich gar nicht zu genieren,“ sagt der Kommandeur“ endlich; „Sie können ja dafür schreiben.“  
 Damit ging er.  
 Als er ein paar Schritte gegangen war, fiel mir ein, daß ich ihm nicht einmal für diese Hilfe gedankt hatte. Ich verlor ihn einzuholen, konnte aber nicht schnell genug vorwärts kommen, meine Beine knickten zusammen, und ich war fortwährend nahe daran, auf die Nase zu fallen. Er entfernte sich immer weiter. Nun gab ich den Versuch auf, wollte ich ihm nachrufen, hatte aber nicht den Mut dazu, als ich mir dann endlich ein Herz faßte und rief, einmal, zweimal rief, war er schon zu weit fort, und meine Stimme war allzu schwach.  
 Ich stand auf dem Trottoir und sah ihm nach und weinte still vor mich hin. So etwas ist mir noch nicht vorgekommen, sagte ich zu mir, er hat mir 10 Kronen gegeben! Ich ging zurück und stellte mich dorthin, wo er gestanden, und ahmte all seine Bewegungen nach. Und ich hielt mir den Zehntrommelstein vor die Augen, befah ihn von beiden Seiten und sang an zu fluchen — aus vollem Halse zu fluchen, daß es keine Nichtigkeit mit dem habe, was ich in der Hand hielt, — es war ein Zehntrommelstein.  
 Bald darauf — vielleicht auch erst sehr lange darauf, wenn es war überall schon ganz still geworden — fand ich schlammig genug vor Nr. 11 Lomtegaden. Als ich einen Augenblick gestanden und mich besonnen und darüber gewundert hatte, trat ich zum zweitenmal in diese Tür, direkt in „Wirtschaft und Logis für Reisende“. Hier bot ich um Unterkunft und bekam sofort ein Bett.

mich den ganzen Nachmittag in den belebtesten Straßen umher und sah mir die Menschen an. Noch vor 7 Uhr abends machte ich einen Spaziergang nach dem St. Olavsplatz und sah heimlich nach den Fenstern in Nr. 2 hinauf. In einer Stunde sollte ich sie sehen! Während der ganzen Zeit ging ich in einer leichten, wunderbaren Angst umher. Was würde geschehen? Was würde ich sagen, wenn sie die Treppe herunterkam? Guten Abend, Fräulein? Oder nur lächeln? Ich beschloß, es beim Lächeln bewenden zu lassen. Selbstverständlich würde ich mich tief vor ihr verbeugen.  
 Ein wenig beschämt darüber, schon so früh unterwegs zu sein, schlich ich fort, ging kurze Zeit in der Karl-Johann-Strasse auf und ab und beschloß die Universitätsstrasse im Auge. Als es 8 Uhr war, ging ich die Universitätsstrasse wieder hinauf. Unterwegs fiel mir ein, daß ich vielleicht ein paar Minuten zu spät kommen könne, und nun schritt ich aus, so gut ich vermochte. Mein Fuß schmerzte mich sehr, sonst fehlte mir nichts.  
 Ich sahkte Posto an der Fontäne und schöpfte Atem; lange stand ich dort und sah nach den Fenstern in Nr. 2 hinauf; aber sie kam nicht. Nun, ich konnte ja warten; ich hatte keine Eile; vielleicht hatte sie Abhaltung. Und ich wartete wieder. Das ganze hatte mir am Ende doch nicht bloß geträumt? Die erste Begegnung mit ihr hatte ich doch wohl nicht nur in der Einbildung gehabt, als ich jene Nacht im Fieber lag? Raslos hing ich an darüber nachzudenken und war meiner Sache durchaus nicht mehr sicher.  
 „Hm!“ sagte es hinter mir.  
 Ich vernahm dieses Häuspern, vernahm auch leichte Schritte in meiner Nähe; aber ich drehte mich nicht um, sondern blickte nur unverwandt auf die große Treppe vor mir.  
 „Guten Abend!“ sagte es darauf.  
 Ich vergesse zu lächeln, greife nicht einmal sofort nach meinem Hut, sondern wundere mich nur darüber, sie von jener Seite kommen zu sehen.  
 „Haben Sie lange gewartet?“ fragt sie und leuchtet ein wenig nach dem schnellen Gang.  
 „Nein, durchaus nicht, ich bin erst einen Augenblick hier,“ entgegnete ich.  
 „Und außerdem, was hätte es geschadet, wenn ich lange gewartet hätte? Ich glaube übrigens, daß Sie von einer andern Seite kommen würden.“  
 „Ich habe Mama zu einer Familie begleitet, sie ist heute abend nicht zu Hause.“  
 „So—o?“ sagte ich.  
 Jetzt gingen wir unwillkürlich an zu gehen. An der Straßenecke sieht ein Polizeibewacher und sieht uns an.

„Über wohin gehen wir denn eigentlich?“ sagt sie und bleibt stehen.  
 „Wohin Sie wollen, nur wohin Sie wollen.“  
 „Ja, ja, aber es ist so langweilig, das selbst zu bestimmen.“  
 „Waise.“  
 „Dann sage ich, nur um etwas zu sagen.“  
 „Oben bei Ihnen ist es dunkel, wie ich sehe.“  
 „Ja, ach ja!“ entgegnete sie lebhaft. „Das Mädchen hat auch Erlaubnis zum Ausgehen bekommen. Ich bin also ganz allein zu Hause.“  
 Wir stehen beide und sehen nach den Fenstern in Nr. 2 hinauf, als wenn keiner von uns sie je zuvor gesehen hätte.  
 „Können wir dann nicht zu Ihnen hinauf gehen?“ sagte ich.  
 „Ich werde mich nicht an die Tür setzen, wenn Sie wollen.“  
 Jetzt aber hebte ich vor Erregung und bereute tief, daß ich zu frech gewesen. Wie, wenn sie nun böse wurde und von mir ging? Wenn ich sie nie wieder sehen durfte? Oh! der elende Anzug, den ich trug! Verzweifelt wartete ich auf die Antwort.  
 „Sie brauchen durchaus nicht neben der Tür zu stehen.“  
 „Sagt sie. Sie spricht geradezu zärtlich und sagt genau die Worte: Sie brauchen durchaus nicht neben der Tür zu stehen.“  
 Wir gingen hinauf.  
 Draußen auf dem Gang, wo es dunkel war, nahm sie meine Hand und führte mich. Ich brauche gar nicht so still zu sein, sagte sie, ich dürfe sprechen. Wir traten ein. Während sie eine Kerze anzündete — keine Lampe, sondern eine Kerze — während sie diese Kerze anzündete, sagte sie mit kurzem Aufschrei:  
 „Jetzt dürfen Sie mich aber nicht ansehen. W, ich schäme mich! Aber ich will es auch nie wieder tun?“  
 „Was wollen Sie nie wieder tun?“  
 „Nie wieder... nein, Gott bewahre mich... ich will Sie nie wieder küssen.“  
 „Nicht?“ sagte ich, und wir lachten beide. Ich breitete die Arme nach ihr aus, sie sprang zur Seite, schlüpfte auf die andere Seite des Tisches. Wir blickten uns einen Augenblick an, das Licht stand zwischen uns.  
 „Versuchen Sie, ob Sie sich fangen können,“ sagte sie.  
 Und unter laute „Lachen versuchte ich, sie zu fassen. Während sie umherlief, läste sie den Schiefer und nahm den Hut ab; ihre funkelnden Augen hingen fortwährend an mir und überwachten meine Bewegungen. Ich machte einen neuen Aufschrei, stolperte über den Teppich und fiel; mein wunder Fuß wollte mich nicht mehr tragen. Keufert verlegen ließ ich wieder auf.“

(Fortsetzung folgt.)



# Groß-Berlin

## Zum Aufbau in Groß-Berlin

Für Groß-Berlin werden 17 zentrale Verwaltungsdeputationen gebildet, von denen einige sehr große Aufgaben erhalten, so große, daß die Gefahr besteht, daß die zukünftige Verwaltung in vielen Fällen unter die alleinige Herrschaft der Direktion und der Magistratsassessoren gerät. Damit wird der Sache wenig gedient sein und wir müssen darauf hinwirken, daß in nächster Zeit diesem Uebel abgeholfen wird. Es muß in aller Kürze das Tätigkeitsgebiet der zentralen Verwaltung gegen das der Bezirke abgegrenzt werden, um die Arbeit der Bezirksämter zu ermöglichen. Die Konstituierung der Bezirke geht rasch vorwärts. Im 5. Bezirk Friedrichshain wurde zum 1. Vorsitzenden Stadtvorordneter Walder-Mannasse durch Zuzuf einstimmig gewählt. Die 18 Bürgerlichen, die sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, haben den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden beansprucht, wogegen die Linke zuerst heftig widersprach. Erst als Wunsch des Stadtrats Weise die koalitierten Fraktionen schriftlich erklärt hatten, daß sie sich als geschlossene Fraktion betrachten, beruhigten sich die Gemüter und mit 45 Stimmen wurde Stadtvorordneter Labendorf (D. Sp.) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. 1. Schriftführer wurde Behnisch (U. S. P. D.), zu Stellvertretern wurden die Bez. Vorordneten Frau Fahrenwald (U. S. P. D.), Gudekunst (U. S. P. D.) und Fuhrmann (D. Sp.) gewählt. Die Wahl eines fünfzehner-Ausschusses beschloß die erste Sitzung. — Der 9. Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf-Schmargendorf) besteht aus 47 Mitgliedern, darunter 7 Stadtvorordnete. Die Deutsche Volkspartei umfaßt 14, die Deutschnationalen Volkspartei 10, die S. P. D., U. S. P. D. und Demokratische Partei je 6, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Neukommunistische Partei je zwei Mitglieder und das Zentrum ein Mitglied. Die Versammlung wählte mit 32 von 43 Stimmen den Kommassalklehrer Kubel (D. Sp.) zum Vorsitzenden, durch Zuzuf zum Oberverwaltungsgerichtsrat Lorenz (Dnail.) zum stellv. Vorsitzenden, Oberlehrerin Fräulein Sandau (D. Sp.) zur Schriftführerin und Maurer Sinnreich (Soz.) zum Stellvertreter gewählt. Zur Beratung über den dem Magistrat Berlin zu machenden Vorschlag über die festzusetzende Zahl der besoldeten und unbesoldeten Mitglieder des 9. Bezirksamtes wurde ein Ausschuss eingesetzt.

Wo die bürgerlichen Parteien zu schwach sind, um als eigene Fraktion sich zu konstituieren, haben sie sich zu einem Block zusammengeschlossen, um in den einzelnen Verwaltungen Vertretungen zu erlangen. Soweit es sich um Ausschüsse handelt, wird ihnen eine Vertretung zu ermöglichen sein, da Ausschüsse ein Spiegelbild der Versammlung sein sollen. Anders steht es aber, wenn diese Parteien ihren Zusammenschluß geltend machen für die Besetzung der Bezirksämter. In diesen Fällen tritt der Block nicht als Parteivertretung auf. Man wird in einzelnen Fällen prüfen, inwieweit einzelne im Block zusammengeschlossene Parteien einen Anspruch erheben können. Soweit es sich um unbesoldete Mitglieder im Bezirksamt handelt, sind maßgebend die von einzelnen Parteien für ihre Kandidaten abgegebenen Stimmen.

Die provisorische Geschäftsordnung, welche die Kommissionen schaffen sollen, wird am besten die der Stadt Berlin sein, mit den für die Bezirke erforderlichen Abänderungen über die Zusammensetzung der zu bildenden Kommissionen. Man wird dann doch für alle Bezirke eine einheitliche Geschäftsordnung in Aussicht zu nehmen haben.

Wie groß die Zahl der unbesoldeten Bezirksamtsmitglieder sein soll, wird verschieden sein können. In einzelnen Fällen ist aber die vorgeschlagene Zahl zu gering. Es dürfte nicht möglich sein, in Tempelhof mit 4 oder in Tempelhof mit 5 besoldeten Mitgliedern die Arbeit so zu bewältigen, wie das erforderlich ist.

Die Wahl von unbesoldeten Mitgliedern haben wir immer beklagt. Nachdem aber die Landesversammlung allgemein für Berlin die Wahl unbesoldeter Mitglieder angeordnet hat, wird man in den Bezirken, in denen die Wahl solcher Mitglieder erfolgen soll, diesen Vorschlag mildern können, indem man für die unbesoldeten eine angemessene Entschädigung festsetzt, wie das in Groß-Berlin nach unzerbindlicher Uebereinkunft der Parteien beschlossen werden soll.

## Zulassung des Briefverkehrs nach Sowjet-Rußland

Nach Mitteilung des Reichspostministeriums ist nunmehr ein beschränkter Briefverkehr nach Sowjet-Rußland zugelassen, und zwar wird die deutsche Post für Rußland auf Grund einer Vereinbarung der deutschen Reichspostverwaltung mit dem russischen Postkommissariat einheitlich nach Archangelsk und Kozjak geleitet werden. Die bereits vorliegenden Erfahrungen haben aber gezeigt, daß der Briefverkehr nach Sowjet-Rußland zur Zeit ein Minimum ist, daß man sich vorläufig mit einer einmal wöchentlichen Beförderung, die stets am Montag der Woche stattfindet, begnügen wird. Die gesamte für Sowjet-Rußland aus dem Reich ausgeleitete Briefpost wird in Berlin als der zentrale Sammelpunkt und von hier, wie schon oben erwähnt, einheitlich erpediert. Eingekaufene Briefe sind vor der Hand noch nicht zugelassen, solange nicht das russische Kommissariat in der Lage ist, alle Sicherheiten und Garantien für ordnungsgemäße Beförderung und Belieferung solcher Briefe zu geben. Eine Briefbeförderung nach der Ukraine ist gegenwärtig nicht möglich, da sowohl die polnische wie die rumänische Postverwaltung mitgeteilt haben, daß ihnen keinerlei Verbindung mit der Ukraine zur Verfügung steht.

## Die Zöglinge des Professors Kahl

Uns wird geschrieben: Der Abgeordnete Kahl, seines Zeichens Professor der Rechte an der Berliner Universität, hat sich in der gestrigen Reichstagsitzung als Anwalt der Hohenzollern-Schieber ausgesprochen. Genosse Breitscheid hat daraufhin gefragt, wie denn erst Studenten des Professors Kahl und seine Freunde beschaffen sein müßten, wenn sie solche Lehren haben. Dazu erläutere wir folgendes:

Der deutschnationaler Student Schwabe, Vorsitzender der Sektion der Berliner Studentenschaft, hat aus Hingeblichkeit für die überreichlichen Studenten 13 000 M. an sein Privatkonto übernommen, d. h. unterlagern. Er ist jetzt flüchtig. Der dem Herrn Professor Kahl nicht fernstehende Universitätsrichter hat, anstatt die Angelegenheit sofort dem ordentlichen Gerichte zu übergeben, den jungen Defraudanten erst dreimal vor sein Forum geladen und ihn gewarnt. Natürlich ist er jetzt fort! Ferner: der Vorsitzende der Frankfurter Studentenschaft, gleichfalls deutschnationaler Korpsstudent, hat mehrere tausend Mark für die notleidenden Ehegattinnen gestohlen und sitzt bereits im Gefängnis.

Uns sind noch mehrere derartige Fälle von Schiebung nationaler Studenten an der Berliner Universität bekannt. Wir werden sie veröffentlichen, wenn wieder ein nationaler Professor im Reichstag den Mund aufzumachen wagt, um die Wirkungen der Erklärung von Leuten wie Kahl und Konjorten in der „Liga der deutschen Nation“ zu zeigen.

## Ein Wassergeschichte

Seit Jahr und Tag ärgern sich viele Leute in dem Industriebezirk Tempelhof in der Stadt darüber, daß die Bergverwaltung das Wasser durchgängig abräubt. Die Brunnen geben immer weniger Wasser her und aus diesem Grunde ist die Mästung gegen

die Bergverwaltung sehr groß. Die kleinen Besitzer des Ortes wurden in der Gemeindevorwaltung infolge des früheren Dreiklassenwahlrechts mundtot gemacht, da die Grubenmagnaten dort ihre Herrschaft ausübten. Sie beschwerten sich bei allen möglichen Instanzen, alles ohne Erfolg. Untersuchungen wurden zwar angeordnet, aber sie waren auch danach. Die Art, wie die Wassermessungen vorgenommen wurden, war falsch. Mit einem Strich, an dem ein Stein befestigt wurde, wurde der Wasserstand gemessen und so kamen oft „riesige Wassermaßen“ zustande, je nach dem Zeitpunkt, an dem die Messungen erfolgten. Affen häuften sich auf Ästen, Termiten folgten alle halbe Jahre, damit es ja nicht zu schnell ginge. Immer neue Gutachter wurden geholt, von denen jeder einzelne ein halbes Jahr brauchte, ehe er eine Beurteilung tat.

Der einzige der hieß, war Petrus. Der hatte gelegentlich den Einfall, ordentlich rechnen zu lassen. Dann gab es reichlich Wasser. Natürlich spielen auch politische Gründe gelegentlich eine Rolle. Auf Recht hoffen die Tempelhof schon kaum mehr bei dem großen Einfluß, den die Bergverwaltung besitzt. Sie wollen der Doffentlichkeit klagen, wie es ihnen ergeht. Sie meinen, daß sie noch lange warten müssen, ehe die Gerichte zu Rande kommen. Und die Gutachter werden auch noch lange Zeit brauchen. Bis die Sache gerichtlich ausgetragen wird, wird wohl eine neue Generation heranwachsen. Die wird sich dann weiter ärgern können, wenn die dahin der wasserarme Ort nicht ausgestorben sein sollte.

## Arbeiter-Bildungsschule U.S.P.D.

Eine Friedrich Engels-Gedenkfeier zu seinem 100. Geburtstag findet am Sonntag, den 28. November, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, im Rahmen der proletarischen Feiernstunden statt. Die Festrede hält Genosse Dr. Breitscheid. Es folgen Rezitationen, Musik, Strolche mit Begleitung der Orgel, zweite Aufführung der Dichtung von Ernst Toller: „Tag des Proletariats“ durch den aus der Arbeiterschaft gebildeten Sprechchor unter Leitung von Margarete Wellhoener. Eintrittskosten zu 2,50 M. sind in den mit Plakaten besetzten Stellen — Buchhandlung „Freiheit“, Breitsch. 89, Expedition Wustli, Johannistr. 9 und bei den Parteifunktionären zu haben.

Die Vorgänge in Lindenhof. Unter Bezugnahme auf die Presseberichte über die Verammlung der Jugend, die sich mit dem Wechsel in der Anstaltsleitung im Erziehungsheim Lindenhof beschäftigte, teilt uns das Nachrichtenamt des Magistrats Berlin folgendes mit: Nicht erst durch den Eintritt Dr. Willers als Direktor in Lindenhof ist die Umwandlung des Heimes der Anstalt hervorgerufen, vielmehr hat bereits sein Vorgänger, Direktor Kake, auf Anregung und mit Billigung der Deputation, auf dem Grunde der freizeithilflichen, familienartigen Erziehung gearbeitet. Verhältnisse eingerichtet, Gitter durch Blumenläden ersetzt und eine weitgehende Selbstbetätigung unter den Zöglingen herbeigeführt. Die Leitung des Heimes-Erziehungsweises bürgt dafür, daß die seit einem Jahrzehnt herrschende bewährte Methode in den Erziehungsplänen der Stadt Berlin erhalten bleibt. Nicht zureichend ist weiter, daß Frau Stadträtin Wehl, die seit September 1920 den Vorsitz der Deputation führt, die Strafbestimmungen der Erziehungsheime genehmigt hat. Es handelt sich vielmehr um ministerielle Strafbestimmungen, die einen Bestandteil der Hausordnung bilden, die bereits im Juni 1919 die erforderliche Genehmigung des Ministers für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft und des Ministers des Innern gefunden hat. Daß Direktor Willers seines Amtes entbunden ist, trifft nicht zu. Er hat beauftragt, ihn zum 1. April 1921 aus dem städtischen Dienst zu entlassen.

Bei Verhandlungen vor dem Mieteinigungsamt kommt es vielfach vor, daß eine Mieterpartei im Verhandlungstermine vor dem Mieteinigungsamt über die erfolgte Ladung ihre Bewunderung ausspricht und erklärt, der Mitwirkung des Mieteinigungsamtes hätte es garnicht bedurft; wenn der Vermieter unmittelbar sich mit ihm in Verbindung gesetzt hätte, wäre es leicht zu einer Verständigung gekommen. In die Vermieter rühen wir daher hiermit die dringende Bitte, sofort das Mieteinigungsamt zwecks Zustimmung zur Kündigung um. erst anzufragen, nachdem ihre Einigungsversuche mit der Gegenpartei gescheitert sind. Die gleiche Bitte ergeht an die Mieter für die Fälle, in denen sie antragsberechtigt sind. Diese Mißhilfe aller Beteiligten ist unerträglich, um den sehr belasteten Mieteinigungsämtern unnötige Arbeit zu ersparen und sie so zur rasch- und fristgerechten Erledigung wirklich zwingender Anträge in den Stand zu setzen, sie liegt also im Allgemeininteresse.

Für eine Verringerung der Straßenbahnausgaben sprach sich der Stadtvorordneterauschuss aus, der Dienstag unter dem Vorsitz des Stadtvorordneten Schulz (U. S. P. D.) zur Vorbereitung der Vorlage über die Erhöhung des Straßenbahntarifes zusammentrat. Neben anderen Magistratsmitgliedern nahm der Verkehrsstadtrat Dr. Adler wiederholt an der Beratung teil. Im Ausschuss trat überwiegend die Meinung zutage, daß die Fahrpreiserhöhung auf 80 Pf. nicht zu umgehen sei; dagegen war keine Stimmung dafür vorhanden, zum 1. Januar eine Tarifierhöhung auf 1 M. schon jetzt in Aussicht zu nehmen, vielmehr wurde von verschiedenen Seiten mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß verlußt werden müsse, die Betriebsausgaben der Straßenbahn zu verringern. Die Abstimmung wurde schließlich auf Donnerstag 4 Uhr vertagt, zumal da vom Magistrat noch die Anregung gegeben wurde, auch die Tarife der Straßenbahnen in den ehemaligen Vorortgemeinden (Spanau, Köpenick und Helligensee) entsprechend zu erhöhen. Eine Beschlusseinstimmung der Tarifierhöhung wurde als notwendig anerkannt, da jeder Tag der Verzögerung der Stadtgemeinde rund 100 000 M. koste.

Die ungenügende Milchlieferung. Auf Grund verschiedener Anträge wegen des Ausfalls der Krankenmilk wird folgendes mitgeteilt: Die Milchzufuhr ist in erheblichem Maße zurückgegangen und befindet sich noch weiter im Rückgang. Auf den mit Rücksicht hierauf vom Reichamt bei den Reichsbehörden vor längerer Zeit gestellten Antrag, die Einfuhr dänischer Frischmilk zu genehmigen, und deren Abgabe zu Inlandspreisen zu ermöglichen, ist bisher eine Antwort nicht erteilt. Bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden Milch wird im Einvernehmen mit dem Reichsamt und den Vertrauensärzten von Groß-Berlin in erster Linie Wert darauf gesetzt, die Kinder bis zum 6. Lebensjahre mit Frischmilk zu beliefern, da für sie Kondensmilk als Ersatz nicht in Frage kommt. Auch die Kinder werden bereits nach der niedrigst zulässigen Rationierung verlor. Für Kranke steht lediglich die nach Deutung des Kinderarztbedarfs vorhandene Milchmenge zur Verfügung. Diese ist zur Zeit so gering, daß das Reichsamt genötigt ist, starke Einschränkungen in der Belieferung der Krankenarten vorzunehmen. Als Ersatz wird Kondensmilk zur Verfügung gestellt. Da krankheitsbedingte Mittel zur Verfügung nicht vorhanden sind, kann die Kondensmilk nur entsprechend den Preisen, die die Reichsstelle für Speisefette dem Reichsamt berechnet, abgegeben werden.

Die Konzerte des Philharmonischen Orchesters für Schüler und Schülerinnen der Oberklassen der Gemeindefschulen und der Oberstufe der Städtischen Realschulen und Mittelschulen finden in diesem Winterhalbjahr am 24. November, 1. Dezember, 19. Januar, 2. Februar, 23. Februar, 9. März, 16. März, nachmittags 4 Uhr, im großen Konzertsaal der Philharmonie, Fernburger Straße Nr. 22a-23 statt. Der Dirigent der Philharmonie, Herr Direktor Landauer, hat in dankenswerter Weise für diese Konzerte die Säle wiederum unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Im fünften Konzert der Volksbühne, das am Sonntag, den 28. November, mittags 12 Uhr im Theater am Bülowplatz stattfindet, werden Professor Friedberg und Professor Fleisch Sonaten von Mozart zum Vortrag bringen.

Wilmersdorf. Engels-Freier am Sonntag, den 28. November, abends 7 Uhr, pünktlich in der Victoria-Park-Schule, Goltzener-Edle Althandstraße. Mitwirkende: Anna Wabel, Festrede: Boris Kroat, Wolke; Hans Keltz, Rezitationen: Wägnher, Richte, Georgina, Eintrittskosten zu 2 M. bei sämtlichen Bezirksführern und an der Abendkasse.

Dringende Wittenau. Durch die Abplitterung der Neukommunisten in unserer Dringungsgruppe war auch hier eine augenblickliche

Lähmung unseres Parteilebens eingetreten. Mit allen möglichen Mitteln wurde von den Neukommunisten die Agitation betrieben und Verwirrung angerichtet. Rasse, Parteimitglieder, Mitglieder-Verzeichnis usw. nahmen sie mit, nur die neu angeschaffte Bibliothek blieb in unseren Händen. Durch die sofort einsetzende Agitation unserer Genossen, welche mit verstärkter Kraft und Opferwilligkeit an die Arbeit gingen und an der sich sogar sehr alte Genossen beteiligten, sind jetzt alle Schwierigkeiten überwunden und die Ortsgruppe steht wieder gesestigt da. Täglich nimmt die Zahl der Genossen wieder zu. Um nun wichtige organisatorische Fragen zu erledigen, findet am Donnerstag, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Richard Schuff, Oranienburger Str. 184 (am Bahnhof), ein Extrajahresabend statt. Alle Genossen und Genossinnen müssen zu diesem Abend dort erscheinen, und dafür Sorge tragen, daß auch alle die Genossen dort erscheinen, welche bisher noch nicht Gelegenheit genommen haben, sich bei ihren Bezirksführern Gen. B. Bentisch, Hauptstr. 18, Gen. Lohde, Hauptstr. 24 und Gen. E. Siebenritt, Charlottenburger Straße 47, zu melden.

Gründung eines Bundes der Arbeiter-Rasslervereine. Am 25. August d. J. wurde der Bund gegründet, der bereits 21 Rasslervereine umfaßt. Tätigste sachmännlich ausgebildete Rassler und Dirigenten stehen zur Verfügung und helfen mitarbeiten an dem Aufbau des Bundes. Schon schwaben Verhandlungen mit den auswärtigen Kartellen und Rasslervereinen, und es ist nur eine Frage der Zeit, daß der Bund über ganz Deutschland verbreitet sein wird.

Für alle Streich- und Blasinstrumenten, die den Bundesvereinen noch nicht angehören, findet am Sonntag, den 28. November, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Hummel, Sophienstraße 3, eine Zulassung statt zwecks Gründung eines Streich- und Blasvereins. Meldungen an den Bundesschriftführer Robert Krieger, D. 24, Graubener Str. 8.

Die Fürsorge für Heimkehrer. Der Hissausschub der Stadt Berlin hat bis zum 1. Oktober 1920, nach fast einjähriger Betreibung, rund 20 000 heimgekehrte Kriegsgefangene Berlins betreuen können. Von dieser Gesamtzahl sind nicht weniger als 18 000 Heimkehrer mit Wirtschaftsbefähigen bedacht worden, deren Höchstgrenze im Einzelstunde 600 M. betrug. Zu diesem Zwecke sind aus Reichsmitteln rund 5 1/2 Millionen Mark verausgabt worden. Günstige Kleidungsstücke ermöglichten es, die Wirtschaftsbefähigen nicht nur in Form von Bargeld, sondern auch zum großen Teil in Kleidung zu gewähren, wodurch an sich geringere Ausgaben dem Hissausschub entstanden, während den Kriegsgefangenen große Vorteile zulamen. Wären die Bewilligungen nur in Gestalt von Bargeld zur Auszahlung gelangt, so wäre es der Mehrzahl der Kriegsgefangenen bei den heutigen Marktpreisen für Textilien nicht möglich gewesen, auch nur das Notwendigste zu beschaffen. So war es z. B. bis zum April d. J. möglich, bei einer Bewilligung von insgesamt 300 M. den Heimkehrer mit 1 Paar amerikanische Schnürstiefel, 1 amerikanischen Tuchmantel, 1 amerikanische Uniform als Arbeitsanzug und einmal wollene Unterwäsche und Strümpfe. Auf die Gesamtsumme von 5 1/2 Millionen Mark entfallen rund 350 000 M. städtische Mittel. Zugleich enthält diese Gesamtsumme eine Ausgabe für Kleidungsstücke von rund 2 Millionen Mark. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß zur Bewältigung dieser umfangreichen Arbeiten ein bestehendes Bureau verwendet werden konnte, so daß an Verwaltungskosten im Verhältnis zu den angelegenen Ausgaben, ganz geringe Summen notwendig waren.

Rotlandsarbeiten im Neuköllner Industrieviertel. Die Stadt Neukölln läßt zurzeit umfangreiche Bauarbeiten zur Ausgestaltung ihres Industrieviertels hinter der Ringbahn ausführen. Dadurch wird, abgesehen von der bereits beim Bau der Untergrundbahn untergebrachten großen Zahl von Rotlandsarbeitern, weiteren Hunderten von Erwerbslosen lohnende Verdienstmöglichkeit geschaffen. Die Arbeiten werden allgemein in einem Umfange durchgeführt, wie ihn die Verhältnisse nur irgendwie gestatten, um auf diese Weise möglichst vielen Arbeitslosen die Fürsorge durch eine gezielte Tätigkeit zu ersetzen. Demgemäß ist auch in letzter Zeit ein verhältnismäßig großes Fortschreiten sämtlicher Bauten zu beobachten. Eine große Zahl von Bahnhöfen und Unterführungen ist bereits fertiggestellt, so die Unterführungsbrücke, die Brücke über die Straße 303, zwei Brücken im Zuge der Grenzallee und die Kaiser-Friedrich-Brücke mit Ausnahme der Zugänge zur Anlagestelle für den Personensicherheitsverkehr. Die zu dieser Brücke führende Ladestraße konnte mit dem dort errichteten Kran den Betriebe übergeben werden, während die im Hofengebiet befindlichen Hebeanlagen mit einer Tragfähigkeit von 2 1/2 und 10 Tonnen in der Bauausführung soweit vorgeschritten sind, daß auch deren Inbetriebnahme in Kürze bevorsteht. Die Vollendung der Kaiser-Friedrich-Brücke ist Anfang des neuen Jahres zu erwarten. Fortsetzen ist auch mit der Belegung des Oberbaues der Industriebahn begonnen. Ihr Anbruch an die bereits bestehende Bahnlinie in der Lahnstraße soll noch im Laufe dieses Monats bewirkt werden.

Jugendweihen in Neukölln. Die Frühjahrsjugendweihen der U. S. P. Neukölln finden am Sonntag, den 13. März und Sonntag, den 20. März 1921, im großen Festsaal der Neuen Welt statt. Wären die bisherigen Jugendweihen schon wirkungsvolle Kundgebungen für die sozialistische Weltanschauung, so dürfte dies in noch höherem Maße für die kommenden Jugendweihen zutreffen, insofern, als bereits jetzt die Teilnehmerzahl vom Herbst überholt ist. Der Vorbereitungsausschuss findet nur im Gangesaal der Anaben-Mittelschule, Donaustr. 120, freitags von 4-5 Uhr statt und wird nur vom Genossen Schneider erteilt. Anmeldungen werden nur dort, oder beim Genossen Schneider, Breitsch. 64, entgegengenommen.

Falsche Zwei-Mark-Scheine. Seit einiger Zeit werden falsche Zwei-Mark-Scheine in den Verkehr gebracht. Die Fälschungen sind sehr schlecht hergestellt und leicht erkennbar.

Der Magistrat hat in der gestrigen Sitzung die Richtlinien für die Aufstellung des Haushalts für 1921 festgelegt. Danach soll jede Gemeinde den Haushaltsposten wiederum für ihren Ortsbezirk aufstellen und zwar nach einem einheitlichen Muster und nach einer einheitlichen Gliederung. Diese einzelnen Gemeindehaushaltspäne werden zu Bezirkshaushaltspänen zusammengelagert, die jedoch die Unterlage für den Gesamthaushaltspän der neuen Stadtgemeinde Berlin bilden. Ein besonderer Abschnitt des Gesamthaushaltspäns umfaßt die Zentralhaushaltspäne, worunter auch die größeren Gemeindebetriebe und die Steuern fallen.

In den Verkaufsstellen für städtisches Fleisch wird von jetzt ab verdruckt auch Wurst zum Verkauf gelangen. Die Wurst wird ohne Marke abgegeben und kann somit auch von denjenigen Personen gekauft werden, die sich nicht für den Bezug von städtischem Fleisch angemeldet haben. Es kommen zum Verkauf: frische Rindwurst zu 16 M., frische Leberwurst zu 16 M., Silberbistener Wurst zu 20 M. das Pfund.

Unentgeltliche Beratung für Kleingärtner in Neukölln. Die Stadt Neukölln hat in ihrem Kleingartenamt, altes Rathaus, Zimmer 524, eine Auskunft- und Beratungsstelle für Obst- und Gemüsebau eingerichtet und dadurch den berechtigten Wünschen zahlreicher Neuköllner Laubkolonisten und Kleingärtner nach jahrelanger Beratung auf diesem Gebiet Rechnung getragen. Es bietet sich hier für jedermann Gelegenheit, kostenlos Auskünfte über Fragen der Bodenbearbeitung, Düngung, Auspflanz, Sortenwahl, Schädlingsbekämpfung, Zimmerklimapflanze usw. zu erhalten. Die Inanspruchnahme dieser Beratungsstelle, die Dienstags und Freitags von 2-3 Uhr geöffnet ist, wird allen Kleingärtnern im Interesse einer ausgiebigen Bewirtschaftung ihrer Gärten angelegentlich empfohlen.

Der geplante Urnenfriedhof in der Seestraße. Der Plan, die Friedhöfe 6, 7, 8, 9 und Rinderabteiler 4 des städtischen Friedhofs in der Seestraße in ein Urnenfeld umzuwandeln, hat bei den Angehörigen der dort Beerdigten nicht geringe Empörung ausgelöst. Zu dieser Angelegenheit haben wir eine ganze Anzahl Zuschriften aus dem Bezirk erhalten. Abgesehen davon, daß die Stätten auf 20 Jahre gepachtet sind, darf unter keinen Umständen das Begräbnis der Angehörigen verlegt werden.

